

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingutindustrie, in Schloß- und Tischlereien und Glaserien, für Gipser, Putzer, Stuckateure, Altpflasterer, Fliesenleger, Ofenbauer, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom **Deutschen Baugewerksbund** Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Mittelzeile 1,25 M. Bei größeren Abschlüssen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M., Anzeigen der Bauerschaften je L. 50 M.

## † Reichspräsident Friedrich Ebert.

Friedrich Ebert ist nicht mehr. Am 28. Februar hat ihn der Tod geerbt. Als Sattlergehilfe trat er einst ins öffentliche Leben, als Staatschef des Deutschen Reiches hat er seinen letzten Atemzug getan.

Mit durch aufrichtige Trauer gedämpftem Stolz gedenken wir dieses Mannes. Friedrich Ebert hat der Arbeiterbewegung von der Pike auf gedient, zuerst als einfacher Soldat, bald darauf als Leiter einer Zahlstelle seiner Gewerkschaft, dann als Vorsitzender eines Gewerkschaftskartells; bereits im Alter von 21 Jahren wurde er Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung, später Arbeitersekretär und Stadtverordneter. 1905 wurde er in den Vorstand der sozialdemokratischen Partei und in den Reichstag entsandt. Nach Eberts Tod wurde er dessen Nachfolger in der sozialdemokratischen Parteileitung. Die deutsche Revolution brachte ihn in das höchste Staatsamt: Am 11. Februar 1919 wählte ihn die Nationalversammlung zum Reichspräsidenten.

Dieses schwere Amt hat Ebert mit Umsicht und Tatkraft verwaltet. Er war der geborene Politiker. Das erste Erfordernis hierzu, ein untrüglicher Sattlergeschmack, war ihm im hohen Maße zu eigen. Er war ein Meister des Ausgleichs und des Verbindens. Einem besiegten, dauernd getretenen und gedemütigten Lande als Staatschef vorzutreten, erfordert Geschick und Takt. Ebert war dies zu eigen. Der ehemalige Sattlergeselle erwies sich als hervorragender Staatsmann. Aber er war ein aus den untern Volksschichten Hervorgegangener.

Und er blieb, was er seit seiner Jugend war: Demokratischer Sozialist. Deshalb galt ihm der ganze Haß jener „feudalen“ Sippe, die es als unerträglich empfand, einen Mann an der Spitze des deutschen Staatswesens zu sehen, der nicht dieser Sippe entstammte, nicht deren rückwärtliche Meinung teilte. Mit allen Mitteln der Intrigue und Gemeinheit wurde sein ehrlicher Name zu schänden versucht. Und neben Deutschnationalen und Hakenkreuzlern klappte ihn auch die linksbolschewistische Preßmeute an, die sich nicht entblödet hat, in trauriger Seelengemeinschaft mit der Reichspressen auch noch den toten Ebert zu besudeln. Treu und schlicht hielt er auf seinem Posten aus, bis ihn der Tod niederwarf.

Was Ebert als Arbeiterführer geleistet, wissen wir. Dafür inmitten Dank dem Toten! Was er im Interesse des Landes als Reichspräsident geleistet, wäre noch in den Einzelheiten durch eine gewissenhafte Geschichtsforschung festzustellen. Was bisher darüber vorliegt, ist nur Rühmens- und Anerkennenswertes.

Trauern sinken sich die Fahnen nicht nur der Arbeiter, sondern aller rechtlichdenkenden Menschen am Grabe dieses Staatsmannes und Arbeiterführers. Er war einer der unsren. Sein tragisches Geschick war, daß ihn die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterklasse nicht Größeres vollbringen ließ. Doch sein Name wird immer genannt werden, wenn der Besten der Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gedacht wird!

### Die Verhandlungen über einen Reichs-tarifvertrag wieder geschleift.

Am 2. März sollte in Berlin über einen Reichs-tarifvertrag in einer kleinen Kommission weiterverhandelt werden. Die früheren Vertragsparteien hatten sich im Reichsarbeitsministerium wieder eingefunden. Als Vorsitzender fungierte wieder Herr Ministerialrat Dr. Mewes. Von den Unternehmern waren, wie das erste Mal, in die Kommission delegiert: Behrens, Hannover, Grupe, Stassfurt, für den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe; Berger, Berlin, für die Betonbauunternehmer; Ziegler, Berlin, für die Tiefbauunternehmer. Von den Gewerkschaften waren amtsend: Bernharb, Bauergewerksbund, Schönfelder, Zimmererverband, Wiedeborg, Ehrlich für Bauarbeiterverband, Balleng, Verband der Maschinenisten und Heizer.

Die Unternehmer erklärten, ihre Mitglieder hätten die Vereinbarung vom 20. Februar über die Arbeitszeit abgelehnt. Die Antwort der Gewerkschaftsvertreter war: Nachdem über den Hauptpunkt des Vertrages eine Verständigung nicht erzielt ist, sind weitere Verhandlungen zwecklos. Ministerialrat Mewes versuchte, eine Ueberbrückung der Gegensätze zu erreichen, indem er folgende Ausnahmen für den Tiefbau vorschlug:

1. Der Zuschlag für die von den Organisationsvertretern besonders zu vereinbarenden Ueberstunden soll 5 % betragen;
2. die Forderung und Leistung solcher Ueberstunden soll nicht von einem Arbeitermangel abhängig sein;
3. wenn nach § 6 der Arbeitszeitverordnung von Behörden für bestimmte Wirtschaftszweige eine längere Beschäftigungswelle andere Arbeitszeit festgesetzt oder zugelassen ist, dann soll die Arbeitszeitbestimmung des Tarifvertrages nicht gelten;
4. sei zu erwägen, ob nicht der Termin (31. Juli) für die Durchführung der längeren Arbeitszeit

auf die tarifvertragliche Arbeitszeit noch weiter hinausgeschoben werden könne, und

5. sei zu überlegen, ob nicht die Bestimmungen über die Arbeitszeit in Verbindung mit der Regelung der andern Vertragsbestimmungen endgültig festzulegen seien.

Beide Parteien berieten hierauf für sich. Nach diesen Sonderberatungen, die selbstverständlich für die Vertreter der Gewerkschaften sehr kurz waren, erklärten diese, daß sie die Vermittlungsvorschläge ablehnten, nicht nur im ganzen, sondern auch im einzelnen. Die Gewerkschaftsvertreter seien mit ihren Zugeständnissen am 20. Februar bis an die Grenze des Möglichen gegangen; eine Verschlechterung insgesamt oder für einzelne Gruppen sei undenkbar, eine weitere Verhandlung zwecklos. Die Unternehmer sahen in einer Fortführung der Verhandlungen ebenfalls keinen Erfolg. Der Vorsitzende Dr. Mewes versuchte aber trotzdem mit großer Mühe, die andern Hauptpunkte: Werkmehrfache, Ferien, Lehrlingsfrage, Lohnspannung, Alterszulagen, Alfordarbeit zur Verhandlung zu stellen. Ueber wenige Worte kam man dabei nicht hinaus, für die Gewerkschaftsvertreter war mit der Nichtregelung der Arbeitszeitfrage jedes weitere Interesse an den Verhandlungen erloschen.

Die Schlichter im Tief- und Betonbaugewerbe haben über die Hochbauunternehmer gestagt. Wir wollen abwarten, wie lange sie sich ihres Sieges erfreuen werden.

### Welchen Sinn hat die Steuervorlage?

Die Steuervorlage der Reichsregierung hat eine lebhafteste Vernehmung in den breiten Volksmassen hervorgerufen. Von einer Regierung, die den deutschen Industrieherren und den Großagrariern ihr Leben verdankt, war allerdings, wenn sie Steuererformen machte, alles zu erwarten. Diese Steuererform aber, die das Kabinett der Kapitalisten und Agrarier in Reindulzen

plant, übersteift alle Befürchtungen. Ihr gegenüber steht das deutsche Volk in der Halle des Kastners, das schon lange zu viel trägt und demnach weiterbelastet werden soll. Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Steuervorlage die Absicht, den Besitz zu entlasten und die Armut noch mehr zu belasten. Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer bringen dem Besitz und den großen Einkommen riesenvorteile auf steuerlichem Gebiet. Hier ist man radikal vorgegangen. Für Arbeiter, Beamte und Angestellte hat man nichts, aber auch gar nichts übrig. Die wirtschaftsfeindliche, warenverwundende Umsatzsteuer bleibt. Der drückende, den Reallohn schmälerende Lohnabzug erfährt keine Milderung, und wo bei kinderreichen Familien minimale Entlastung eintritt, ist diese so selbstverständlich und durch nachteilige Armut und größtes Elend geboten, daß die Regierung wohl nicht gut anders konnte. So hat man Milderungen von 2 % (in Buchstaben „zwei“) vorgesehen, die aber nur gelten, sofern der Prolet zum mindesten über 4 Kinder verfügt. Dagegen berücksichtige man, daß bei den großen Einkommen die Steuern um rund 50 % ermäßigt werden sollen. So sieht die steuerliche Gerechtigkeit der Regierung aus! Das Kastner soll neu bepackt werden. Hoffentlich schlägt es nicht aus!

Welche Entschädigung hat diese Regierung für ihre ungeheuerlichen Entlastungen? Sie sagt, es sei notwendig, das Vermögen in Deutschland zu schonen, damit wir zur Kapitalbildung und zu einer Belebung der Wirtschaft kommen. Das klingt genau so harmlos, fürsorglich und plausibel, als wenn der Wolf das Lamm einladet, sich seiner Obhut anzuvertrauen. Wie liegen denn die Dinge? Gewiß, die Regierung ist schon seit Einführung der Rentenmark damit beschäftigt, Kapital neu zu bilden. Die Preise wurden überleuert, die Arbeitszeit verlängert, die Löhne möglichst verkirzt. Das waren die Mittel, um neues Kapital zu bilden. Diese Mittel haben Erfolg gehabt. Es gibt deutsche Firmen, die im Jahre 1924 mehr Meingewinn erzielt als vor dem Kriege. Wir kennen Firmen, die nach eigenen Angaben im Jahre 1924 ihr

ganzes Aktienkapital verdient, also mit 100% Gewinn gearbeitet haben. Wir haben eine selten verrückte Zeit erlebt, in der gerade durch mangelnde Preisüberhebung eine riesige Reibung der Röhre vorgenommen wurde. Wucherpreise, wie wir sie bezahlen müssen, bedeuten ja indirekte Lohnkürzung. Auf dieser Linie liegt auch die neue Steuerreform. Der Besitz, das große Einkommen sollen ihren Raub behalten. Deshalb sollen sie steuerlich entlastet und geschont werden. Das sollen die Massen bezahlen. So bildet man Kapital. Ein sehr einfaches Rezept...

Aber noch mehr: Die Steuerentlastung steht auch vor, die öffentlichen Betriebe der Körperschaftsteuer und der Vermögenssteuer zu unterwerfen. Wenn aber Gas, Wasser und Elektrizitätswerke ihre Preise erhöhen müssen, bedeutet das nicht nur eine neue Belastung der Massen und eine Verteuerung der übrigen Produktion, sondern es fallen damit wichtige Voraussetzungen für eine Verbilligung überhaupt weg. Etwas Wirtschaftsfreundlicheres läßt sich kaum denken. Deutschland, das auf Grund seiner billigen Arbeitslöhne, seiner qualifizierten Arbeiterkraft, seines technischen Könnens das billigste Industrieland sein könnte, soll ab jetzt das teuerste Land der Erde sein. Wenn man die billigeren öffentlichen Betriebe durch Steuerkraft in ihrer Entwicklung hemmen will, so läßt sich diese Art Selbstmord der Wirtschaft nur dadurch erklären, daß unsere Wirtschaft privatkapitalistisch eingestellt ist und unser Privatkapitalismus mit Steuerentlastungen nebenbei den Zweck verfolgt, gegen kommunale und allgemeinwirtschaftliche Betriebe einen neuen Schlag der tödlich wirken soll, zu führen. Der private Kapitalismus hat Hunger und will die Beute, die unsere kamofe Wirtschaftspolitik bietet, für sich allein. Ein Beispiel dafür: Die öffentlichen Sparbanken sollen steuerlich bis zu einem gewissen Grade verschont bleiben, wenn sie auf das übrige Geldgeschäft verzichten, das heißt: wir wollen euch Spartassen ein wenig milder behandeln, wenn ihr damit einverstanden seid; daß wir, die modernen Finanzkapitalisten, das Volk mit Zinsen und Provisionen ungestört ausbeutern!

Wenn man ein Motto für diese Steuerreform finden wollte, könnte es nur dieses sein: Bildung künstlicher Produktions- und Preismonopole, Finanzierung eines rückständigen Wirtschaftssystems durch Ausbeutung der Massen. So brutal, wie diese Regierung es in ihrer Steuerentlastung tut, ist dieser Gedanke aber noch nie verwirklicht worden! Brutal — aber auch unverantwortlich. Gewiß, man kann so Kapital neu bilden, kann so der Industrie und der Landwirtschaft die Taschen füllen. Wie geht es aber weiter? Wie bringen wir unsere Wirtschaft, von der wir alle abhängen, vorwärts? Der reiche Kapitalist ist immer noch nicht die reiche Wirtschaft. Wenn der Unternehmer sein Schicksal im Irren hat, zieht er sich ins Privatleben zurück. Er hat, mögen andere weiter sorgen. Damit ist der Wirtschaft aber nicht geholfen. Bei der kommt es darauf an, daß Waren fließen, daß produziert und konsumiert wird! Die Politik der Regierung aber verhindert diesen Fluß in der Wirtschaft; sie führt die Reallohn, schlägt die Kaufkraft mit unnötigen Steuern tot. Wenn sie so dem Unternehmertum eine Willkür zuschickt, vernichtet sie in Wirtschaftlichkeit zehn Milliarden an Kaufkraft und Wirtschaftsgut. Sie gleicht dem Landwirt, der jedes Jahr möglichst viel aus dem Boden herausbringt, ohne daran zu denken, daß dieser Boden gepflegt, befruchtet, gesäht, ernährt und geerntet werden muß. So ein Boden sind die breiten Massen, ihm gleicht die Kaufkraft. Engt man die Fähigkeit des Volkes, Waren zu kaufen und zu verbrauchen, durch Wucherpreise, Kürzung des Lohnes und steuerliche Belastung aber noch weiter ein, dann muß einmal der Augenblick kommen, wo der Mangel den ganzen Produktionsprozeß zum Stillstand bringt. Der Boden verjagt dann eben die Früchte!

Das ist dann die Katastrophe, der die Regierungspolitik entgegenreißt. Das müssen wir verhindern. Deshalb wenden wir uns gegen die Steuerentlastung; gegen dieses Verbrechen an Volk und Wirtschaft. Das überpadte deutsche Kostier schlägt aus!

**Was der bolschewistische Sanktionskde.**

Das Wort der Ausgeschlossenen und Ausgerissenen, der sogenannten „Bauerbeiter“, ist wieder einmal von vorn bis hinten gefüllt mit Dreckigkeiten gegen unseren Bauernverband. Während wir mit dieser Gesellschaft fast gar nicht befaßt sind und uns nur — wenn sie gar zu frech wird — mit einigen Randwörtern begnügen, ist dieses Wort fast ausschließlich auf die Regierung und Anpöbelung unseres Bundes bezogen. Es gibt vereinzelte Mitglieder unseres Bundes, sogenannte „Zellen“, die das letztere ganz in der Ordnung finden. Ja, diese sonderbaren Zeitgenossen sind der Meinung, der „Bauerbeiter“ habe die unantastbare, durch die Regierung, die Anpöbelung und Arbeiter zu hegen. Im gleichen Atemzuge aber verlangen sie vom „Grundstein“, dieser habe jede ihm vor seiner Seite verabsagte Kränkel dankend zu quittieren, und kein Recht, sich dagegen zu wehren. Der „Grundstein“ habe nur gegen das Internationale zu schreiben, nicht aber gegen „Arbeitskräuter“. Gewiß, vom Logik ist bei solchen Verlangen nichts zu verspüren. Aber diese

„Zellen“ verlangen das zur höheren Ehre Moskaus. Wir sind keine Linsenmenschen und wollen diesen merkwürdigen Kollegen auf halber Wege entgegenkommen. Wir versprechen ihnen, es diesmal so kurz wie möglich zu machen. Nicht aber, um ihren Wünschen zu entsprechen. Nur aus der in Grunde weil der „Grundstein“ ja schließlich an der Aufgabe zu erfüllen hat, als sich ausschließlich mit den Moskauler „Einheitsstämpern“ herumzuschlagen. Auf so kurz wie möglich!

Auf der ersten Seite der Nummer 4 des Blattes bräutet uns zwei große Schlagzeilen an: „Die Bauernverbände wollen die Bauernvereine für Vertrauensleute der Unternehmern begnadigen.“ Es handelt sich um einen im „Grundstein“ Nr. 6 unterlaufenden Passus, wodurch dort gesagt ist, der Unternehmer müsse die gewählten Vertrauensleute schriftlich bestätigen. Gemeint war, er müsse den Empfang der Liste der gewählten Delegierten sofort schriftlich bestätigen, oder diese Liste sofort aushängen, was dann einer solchen Bestätigung gleichkäme. Der Fehler ist von uns längst berichtigt, in lauffenden Exemplaren sind für unsere Bauernvereine Nachschriften für Vertrauensleute herausgegeben worden, erweitert und von diesem Fehler befreit. Aber weil es nun einmal im „Grundstein“ gestanden hat, ist das nach dem „Bauerbeiter“ ein mit den Unternehmern kein ausgehobelter Plan“, um die Vertrauensleute zu „Vertrauensleuten des Bauernverbands“ zu machen, man nennt dies einen „Sanktionskde der Bauernverbände“ und uns selbst „Knechtchen“ und „Unternehmertaten“. Man schickt aus Kaufbüchern nach Wälden, um in der Bauerbeiterschaft alles durchzunderzusehen. In der „revolutionären“ Volkswissenschaften nennt man das das Streben nach der Einheitsfront...

Ein „wissenschaftlichen“ Leitartikel von Fritz Sedert übergehen wir. Er ist auf das alte Lied gestimmt, die Realpolitik seien die Verdräter, die Sedertenteile die braven Kerle und echten Revolutionäre. Wenn übrigens Sedert sagt, „Volkswissenschaften bedeuten Zerstörung, Anarchie, Verfall in die Barbarei, Mord und Völkermord“ — so hat er den bisher in Deutschland geübten „Volkswissenschaften“ gar nicht so übel getan. — Ein anderer Schrieb befaßt sich mit dem „Verfall des christlichen Bauernverbandes“, um daran zu demonstrieren, Organisationen könnten auch ohne Moskauler Zellen im Verbe“ große Mitgliedererfolge erzielen. Womit für uns gar nicht bewiesen ist. Natürlich können Gewerkschaften auch ohne „Moskauler Zellen“ aus an den 8 Gründen Müßiggänger werden; beim Bauernverband aber liegt es so, daß an dessen Wirtschaftlichkeit die Volkswissenschaften ein gerüttelt Maß an Schuld trifft. Wo sie die Herrschaft hatten und alles durchzunderzusehen haben, da ist auch unser Mitgliederverlust am stärksten. Wo sie nicht an Einfluß gewannen, da ist auch unsere Organisation noch untauglich.

Ein weiterer „wissenschaftlichen“ „Bauerbeiter“ erzählt „vom Kampf um die Einheit der Bauernbewegung“. Einleitend wird erzählt, es werde die „Lüge“ verbreitet, der Vorhieb des Allruffischen Bauernverbandes, Bogdanow habe sich bei seiner Anwesenheit in Deutschland nur 10 Minuten mit den Führern des Deutschen Bauernverbands unterhalten. Der hier angegebene Vorwurf der Lüge bezieht sich auf den „Grundstein“. Wir wiederholen, mit uns hat sich Bogdanow nur höchstens 10 Minuten unterhalten. Nur das stand im „Grundstein“. Selbstverständlich hat er sich mit dem Sekretär der Bauernverbände-Internationale und dem Kollegen Kaeplow länger unterhalten. Und das Protokoll, das hierüber der „Bauerbeiter“ veröffentlicht, obwohl diese fälschliche Unterredung kein Mensch bestritten hat, geht in geradezu maßloser Form von der einseitigen Einstellung Bogdanows zur Frage der Zersplitterung in der deutschen Bauernbewegung. Er stützt sich vollständig auf die ihm gegebenen „Informationen“ seitens der Männer des Ausgeschlossenenverbandes, er sieht nach dem Protokoll vor allem den klaren Ansprüchen Bogdanows geradezu hilflos gegenüber. In welcher einseitiger Weise die deutschen Volkswissenschaften Bogdanow unterrichtet haben, beweist dessen Auspruch, der „Grundstein“ sei auf eine Verlängerung des Arbeitstages eingegangen. Die Redaktion des „Bauerbeiter“ sagt dazu „erklärend“, es sei damit gemeint der „Grundstein“-Artikel in Nummer 24, Jahrgang 1924. Was steht dort? Wenn es an Arbeitskräften mangelt, wenn es gilt, die noch verbliebene Bauzeit möglichst auszunutzen, um Wagnungen fertigzustellen, dann könne man darüber hinaus länger arbeiten gelassen werden, wenn dabei unserer Organisation das Recht gewahrt bleibt, sich darüber mit den Unternehmern zu verständigen. So steht in Nummer 24 des „Grundstein“. Ist das etwas Neues? Ist das etwa in dieser Beziehung in Russland anders? Aber Bogdanow, der ja nicht deutsch versteht, ist es anders eingeleitet worden. Somit wäre seine Frage nicht so naiv ausgefallen und vor allem nicht so allgemein gehalten gewesen. Denn der „Grundstein“ hat immer den 1. September verteidigt. Man sieht: Bogdanow war völlig einseitig instruiert. Das verstehen wir. Er war ja während seines Aufenthalts in Deutschland fast immer bei seinen Freunden. Für die hatte er tagelange Zeit. Was ihm Kaeplow und Paeplov in Hamburg sagten, verstand er nicht oder wollte es nicht verstehen. Das erweist das Protokoll zur Genüge.

Ein weiterer Artikel befaßt sich mit dem „Schwindel von der kommenden riesigen Kaufkonjunktur“, wobei es dem Blatte wieder einmal der „Grundstein“ in seiner Nr. 6 angetan hat. Darauf gehen wir nicht zum zweiten Male ein, das hätte dem Ausgeschlossenenblatt zu viel Ehre erweisen. Da es aber bei dieser Gelegenheit von uns wissen will, ob der preussische Innenminister Sebering zu den Rückwärtskäufern oder den Monarchisten zu rechnen sei, so dies als Antwort auf die kindliche Neugier: Sebering ist ein alter erprobter Gewerkschaftsmann, ein ehrlicher Mitgliedspublikaner, ein vorwärtsstrebender Sozialist. Wenn er als preussischer Innenminister in Preußen für Ordnung gesetzt hat, wenn er gegen rechts und linksbolschewistische Umzugsgefühle in gleich entzifferter Weise aufgetreten ist, so ehrt ihn das. Dafür erntet er ja auch den gleichgültigen Haß der linksbolschewistischen, der Salenzrueler und Deutschnationalen. Doch diese drei sind ja immer eins...

Schließlich veröffentlicht das Ausgeschlossenenblatt-Blatt Brief eines „mit revolutionärem Geiste“ getriebenen G. Hoffmann aus Weiden. Ob der Brief fingiert ist, wissen wir nicht. Der Name G. Hoffmann ist ja keine Seltenheit. Mit dem höflichen Inhalt des Briefes, der sich gegen den „Grundstein“ und den Bauernverband wendet, läßt sich vielleicht das gänzlich „Geistesverrückte“ Einbilden, nicht aber bei auch nur halbwegs denkenden Menschen. Doch der „Bauerbeiter“ muß sein Publikum kennen. Der angegebene G. Hoffmann aber, der nach seinem Schrieb Mitglied unseres Bundes ist, sollte schleunigst nach seiner Seite berufen; denn Leute mit solcher „geistigen“ Einstellung haben im Bauernverband nichts zu suchen. Boreläufig aber halten wir diesen Brief für einen Volkschweifenbluff.

Dies in möglicher Kürze zu der Nr. 4 des Ausgeschlossenenblattes. Wer in unserm Bunde nicht ganz von allen guten Geistes verlassen ist, wird uns zugehen müssen, daß wir es nicht länger machen konnten. Wollen wir ausföhrlich auf alle die in dem Blatte verpackten Gemeinheiten und Abscheulichkeiten, dann müßten wir dafür den „Grundstein“ an sich selbst für eine Verurteilung stellen. Denn ist unser Blatt zu schade, auch wäre das zu viel der Ehre für jene Seite. Die Aufgabe des „Grundstein“ ist wirtschaftliche und sozialpolitische Klärung unter besonderer Berücksichtigung der Wahrung der Interessen der Bundesmitglieder, ferner die notwendige Vorbereitung für den Bauernverband. Zur Wahrung der Interessen der Mitglieder gehört leider auch hin und wieder eine kurze Auseinandersetzung mit den „Hainfrühmännern“ und deren „wissenschaftlichen“ Mittelungsblatt, „Der Bauerbeiter“. Unsere Kollegen bekommen dadurch einen kleinen Einblick in den Kampf mit geistigen Waffen, wie er von jener Seite befehrt wird. Das Ausgeschlossenenblatt schreibt an einer Stelle: „Die Verleumdungen und Verdrehungen des „Grundstein“ haben in letzter Zeit alles bisher Dagewesene übertroffen“. Mit diesem Schwindel übertrifft das Blatt sich selbst. Aber es gehört zur Bekanntheit Leninschen Methode, zur höheren Ehre Moskaus zu verleumdern und zu verdrehen und dann mit heuchlerischem Augenaufschlag zu lamentieren, die nichtsüchtigen Verleumder seien die anderen...

**Der Staat soll sich nicht einmischen!**

Ein Lozungswort der Unternehmer, das sie immer häufiger im Munde führen: Der Staat soll in die Angelegenheiten der Wirtschaft nicht hineinreden. In Deutschland richten die Unternehmer im Reichstag heftige Angriffe gegen die Schlichtungsausschüsse, die das Zustandekommen von Tarifverträgen zum Zweck haben. Die Unternehmer beklagen sich über die Einmischung in die freie Gestaltung des Wirtschaftslebens. Mit der gleichen Begründung laufen sie gegen den Entwurf des neuen Arbeitsvertragesgesetzes Sturm. Keinhilflich ist es in anderen Ländern: Die Kongressbeschlüsse der französischen Unternehmerverbände enthalten zum Beispiel ebenfalls die Forderung der Nichteinmischung des Staates in die Angelegenheiten der Wirtschaft.

Treffend hat der Abgeordnete A. H. A. J. J. J., der Vorsitzende des Allgemeinen freien Arbeitgeberverbandes, im Reichstag bemerkt: Die Unternehmer fordern immer dann Freiheit vom Staate, wenn sie gerade eine günstige wirtschaftliche Position haben. Zu anderen Zeiten haben sie schon sehr oft das Eingreifen des Staates gewünscht. Dies bedarf der Ergänzung. Denn die Unternehmer verlangen in vielen Fragen auch heute das Eingreifen des Staates in rein wirtschaftliche Angelegenheiten. Gewiß, es gab eine Zeit, wo die Industrie die Forderung der Nichteinmischung des Staates in die Angelegenheiten der Wirtschaft in der Tat folgerichtig betreten hat. Zu den Zeiten, als die Industrie, die damals von einer neu aufkommenden Klasse gegenüber den feudalen Mächten getragen wurde, nach in ihren Anfängen war, verlangte sie Selbstbestimmung für alle Lebensverhältnisse. Hinter der Forderung der Ungebundenheit versteckte sich das neue Lebensgefühl der in der Gesellschaft neu aufstrebenden Elemente, die sich Geltung verschaffen wollten. Die englische Ländl. Manufaktur war der geistige Mittelpunkt für diese Bewegung, die über den Freiheitssinn hinaus den Gedanken der Ungebundenheit durch den Staat verteilte. Angeht es der, in unseren Tagen wieder oft in die Wirtschaft nicht einmischen, könnte man im ersten Augenblick glauben, nur können hier einen neuen „Managerismus“ gegenüber. Davon kann aber keine Rede sein.

Was haben nicht die deutschen Unternehmer alles vom Staat seit dem Kriege gefordert und erhalten? Die billigen Reichsbankkredite, die sie in der Inflationszeit erhielten und durch die sie sich zum Schaden der ganzen Bevölkerung bereicherten, waren Zeichen des Staates an sie. Die Zuwendungen des Staates während des passiven Widerstandes, die sie zur Erweiterung und Ausbesserung ihrer Betriebe verwendeten, waren gleichfalls wirtschaftliche Vorteile, die sie vom Staate forderten und erhalten haben. Wenn sie jetzt eine Erledigung der Aufwertungsfrage in ihrem Interesse anstreben, so soll sich damit wieder der Staat für ihre wirtschaftlichen Interessen verwenden. Die Unternehmer fordern auf mannigfache Weise vom Staate, daß er sich zu ihren Gunsten in die wirtschaftlichen Angelegenheiten einmischen soll. Sie wünschen, daß der Staat seine Beamten und Arbeiter in den öffentlichen Betrieben nicht besser bezahle, als die Privatindustrie es tut, damit die Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie nicht mit Lohnforderungen herbeizutreten. Mit anderen Worten: Der Staat soll sich zum Lohnrufer für die Privatindustrie hergeben. Sie wünschen aber auch die direkte Einmischung des Staates in verschiedenen Fällen. Die eine Industrie verlangt staatliche Unterstützung in Form von billigen Krediten oder in anderer Weise. Die andere möchte durch Einmischung des Staates billige Grundstücke für ihre Produkte erhalten. Die Ausfuhr soll durch staatliches Eingreifen gefördert werden. In dieses Gebiet gehören die verschiedensten Eingriffe des Staates, ganz abgesehen vom Abschluß von Handelsverträgen, die ein wirtschaftliche Staatsaufgabe darstellen. Für die Begünstigung der Ausfuhr verlangen die Unternehmer Fruchtvergünstigung, in manchen Fällen Rückvergütungen (Aus-

Insprächen) Kredit usw. Ist der Staat auch nach außen hin mächtig — was für Deutschland zur Zeit nicht zu hoffen ist — so soll er sich auch nach innen zu behaupten, um die Ausfuhr der eigenen Industrie und Landwirtschaft zu fördern. Neben dem Militär und der hohen Warenaufpreise ist doch die Großindustrie die Trägerin des Imperialismus, der gewaltsamen Ausdehnung zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile. Vollends liegt die Finanzierung des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten vor, wenn er zugunsten der Unternehmer und Großgrundbesitzer Industrie und Gewerbe zölle einführt. Doch die Fülle unter dem Titel des „Schutzes der nationalen Arbeit“ eingeführt werden, macht dabei keinen Unterschied. Die Unternehmer fordern vom Staat, daß er die Bildung von Kartellen erleichtert, auch durch positive Einwirkung, vor allem durch die Einführung von hohen Zöllen, die die Kartellbildung erst ermöglichen.

In anderen Ländern machen die Unternehmer, die das Wort von der „Nichtemittlung des Staates“ ebenso oft betonen, daselbe. Die englischen Unternehmer fordern den besonderen Schutz der national wichtigen sogenannten „Schlüsselindustrien“, wozu sie auch die Spielwaren- und Maschinenindustrien rechnen. Gegen Danten oder Zindler-Unternehmungen durch überflüssige Spekulationen zugrunde zu ruft der Staat die beständigen Unternehmungen sanieren. Staatliche Kredite sollen nur für den Zweck gewährt werden, die Anleihen zum Marktaufschlag aus dem fremdlandischen Lande zu verwenden. Die Unternehmer der Siegerländer forderten die Festsetzung der Reparationskassen in einer Höhe, daß die Produktionskosten der deutschen Industrie wesentlich erhöht und ihre Konkurrenzfähigkeit unterbunden werden soll.

Die Förderung der „Nichtemittlung des Staates“ in die Wirtschaft wird heute gleichzeitig von den Vertretern der Industrie- und Finanzkapitals wie vom Agrarkapital gefordert. Letzteres kämpft gegen jede Form der Zwangswirtschaft, und seine Bestrebungen gehen Hand in Hand mit denen der Großindustrie. Im Gegensatz zum alten Manchestertum haben sich die feudale und industrielle Klasse in diesen Tagen zusammengefunden. Bei näherer Beobachtung stellt sich sofort heraus, daß ihre Kampffront nicht gegen die Einmischung des Staates an sich, sondern gegen die Forderungen der Arbeiter gerichtet ist.

In allen diesen Bewegungen kommt eine neue Idee nicht zum Ausdruck. Die Abschaffung der Intervention des Staates, die auf einem französischen Unternehmerkongress folgend formuliert wurde: „Wir wollen vom Staat keine Unterstützung, keine Beihilfe, keine Mitwirkung, wir lehnen aber energisch jede Einmischung, jede Beherrschung, jede lähmende Regelung ab“, ist in ihrem Grunde nichts als Furcht. Sie wird praktisch nur angewendet, so oft die Machtposition des Agrar-, Finanz- und Industriekapitals oder seine Interessen dies wünschenswert erscheinen lassen. Infolge der Wirtschaftskrise haben die Unternehmer über die Arbeiter ein Ubergewicht erlangt, und es scheint ihnen, daß sie dies beibehalten können, wenn der Staat, der den Schein eines sozialen Gemeinwesens wahren muß — auch wenn er, wie jetzt in Deutschland, vom Kapital beherrscht wird —, in den Fragen des Arbeitsrechtes möglichst ausgeschaltet wird. In allen Fragen jedoch, wo sie sich von einem Eingriff des Staates wirtschaftliche Vorteile versprechen, wird die Forderung der Nichtemittlung stillschweigend fallengelassen und der Staat im Gegenteil zu tatkräftiger Hilfe angereizt. Nur in diesem Sinne können wir das Schlagwort von der Nichtemittlung des Staates bewerten.

**Schändung eines großen Toten.**

Mit Wut und Ekel mußte man in den ersten Tagen nach dem Tode des ersten Präsidenten der deutschen Republik, Friedrich Ebert, in den kommunistischen Zeitungen dessen vom blinden Haß eingegebene Beschimpfungen lesen. Diese Beschimpfungen sind ein einziges Nachwerfen von Dreck. Nicht nur die kommunistischen Zeitungsredaktionen verübten diese Leichenfresserei; die Verleumdung in der SPD, unter der Führung von Ruth Fischer, Maslow usw. ist soweit gediehen, daß die SPD-Mitglieder — soweit sie noch in Arbeit stehen — ebenfalls kein Anstandsgefühl mehr kennen. Jeder anständige Mensch neigt vor dem Tode fast gleich, ganz gleich, wie man sonst sachlich zu der Person stand. Diese Selbstverleumdung bemühen wir auf dem Weg zurück zum Reichsverband Leipzig am 28. Februar in Chemnitz. Während des Nachrufes des Kollegen Gustav Jacob auf das Wirtens des verstorbenen Reichspräsidenten stießen die 4 oder 5 anwesenden Kommunisten an. Es war hier, daß eine solche unanständige Handlungsweise schärfste Empörung bei den Abgeordneten der Bezirkskonferenz gegeriet. Mit scharfen Worten wurde dieses Verhalten während des „Grundstein“ zum Tode Lenins. Der viel angeführte „Grundstein“ schrieb damals in Nr. 67, Jahrgang 1924, über den Mann, der in seinem Buche „Der Bolschewismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ die Gewerkschaftsführer mit Spinneln des alten Jurevermeines auf eine Stufe stellte und die Befähigung der Gewerkschaften nach der nach ihm benannten Methode (Miß, Schamheit, Unwahrscheinlichkeit) empfahl, trotz alledem folgendes:

Lenin ist einer der größten Revolutionäre aller Zeiten ist mit Vladimir Iljitsch Ulianow (bekannter unter seinem Schriftstellernamen Lenin) ins Gedächtnis gekommen. Er galt als der flügste Kopf des neuen Russland, und was an ihm besonders zu prägen war, das war das offene Wort auch seinen Anhängern gegenüber. Schmeicheln hat wohl nicht, offener und nachdrücklicher die Schwächen und Fehler seiner Gesinnungsgenossen gegenüber als Lenin. Das war etwas, das ihn auch um sympathisch machte trotz unserer Gegensätze zu seinen Methoden, wobei wir aber feststellen wollen, daß wir über das Entzwei mit Lenin keine Meinungsverschiedenheit haben. Lenin hat sein Leben und Wirken der Befreiung des russischen Proletariats geweiht. Wenn man von großen Freiheitskämpfern spricht, wird man auch ihn nennen müssen.

Die gemeinsame Konferenz der beiden Bezirksverbände Dresden und Leipzig tagt am Sonntag, 1. März, vor Ein-

gang in die Tagesordnung das folgende Beileidstelegramm abgefaßt:

Die in Chemnitz tagende sächsische Landeskonferenz des Deutschen Bauergewerksbundes spricht der Sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion zum Tode des Reichspräsidenten Friedrich Ebert ihr tiefstes Beileid aus. gez.: Jacob, Leipzig. gez.: Richter, Dresden.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tischbauarbeiter:** Im Streit über ausgeperrt sind die Kollegen in Wiedede (Firmen Wid und Duvy), Crefeld-St. Leonis (sämtliche Bauten des Unternehmers Eden), Elmshorn (Baustelle Zimm).

**Ziehholzleger:** Gestreikt wird in Heilbrunn, Leipzig und Stuttgart.  
**Töpfer:** Gestreikt ist die Ofenfabrik Angerburg.

**Neuer Tarifabschluß im Valsertal Immenhagen-Hohenstein.** Das genannte Wert hat mit der Bauergewerkschaft Luttlings folgende Stundenlöhne, zahlbar vom 9. Januar an, vereinbart: Handwerker 89 A, Vorarbeiter und Schloßbauer 65 A, Vollarbeiter 56 A, Hilfsarbeiter 44 bis 51 A. Für die Winterrentenlohn vom 9. Januar wurden als Abfindung 800 A ausbezahlt. Auch die Affordräge wurden erhöht. Betriebsstörungen werden, falls 4 Stunden gefeiert werden muß, mit der Hälfte des Tagelohns entschädigt.

**Neues Lohnabkommen in Berlin.** Nach einem von beiden Parteien angenommenen Schiedspruch werden im Baugewerbe vom 25. Februar bis 14. April folgende Stundenlöhne gezahlt: Facharbeiter 1,08 M., Bauhilfsarbeiter 85 A, Tischbauarbeiter 70 A. Vom 15. bis 30. Juni beträgt der Stundenlohn für Facharbeiter 1,15 M., Bauhilfsarbeiter 90 A, Tischbauarbeiter 72 A.

**Aus den Baugewerkschaften.**

**Ans.** In der Jahresgeneralversammlung am 22. Februar gab Kollege Müller den Geschäftsbericht, dem folgendes zu entnehmen war: Am Jahresanfang herrschte trotzlose Arbeitslosigkeit im Gebiet der Baugewerkschaft. Erst im dritten Vierteljahr besserte sich die Bauaktivität im Hoch- und Tiefbau bis zu einem normalen Umfang, ging aber am Jahresende wieder stark zurück. Der einmütige viel gerühmte Kampfesgeist der Auer Bauarbeiter war 1924 von der Wildflut der Beschwunden, und zwar nicht nur bei den Mitgliedern unseres Bundes, sondern erst recht bei den Ausgetriebenen, die vernünftigen und wirklich klugen Bewegungen von ihnen gehen es vor, zu uns zurückzukommen. Sie sehen damit die Pflicht von der Einheitsfront in die Tat um. Ganz schimmert die Gleichgültigkeit bei den Tischbauarbeitern, die zu etwa 20% unorganisiert sind. Ein so maßlos unsozialistisches Verhalten kann natürlich die Kollegen vom Hochbau nicht dazu anspornen, auf die Dauer für gleiche Löhne im Hoch- und Tiefbau schwere Opfer zu bringen zu führen. Auf einigen Baustellen nahmen die Kollegen wegen dem Unternehmer angebotene schädliche Affordarbeit gegen den Willen der Gewerkschaft an. Auch der Achtstundentag ist nicht vollumkommen eingehalten worden. Ferien und zeitweise überhöhte Löhne haben nur die bei der Bauarbeit beschäftigten Kollegen erhalten. 3 Kollegen wurden durch schwere Baumfälle betroffen. Einer davon wurde getötet, zwei sind erkrankt. Anklagen aus dem Arbeitsverhältnis wurden 2 vor dem Landgericht und 4 vor dem Amtsgericht durchgeführt. Die Zusammenfassung der Beleglinge zu Bildungsgewerkschaften bis heute noch an allerlei Schwierigkeiten. Das Baulegiertentwesen, ein der wichtigsten Positionen der Arbeiterkraft, wurde stark vernachlässigt. Nachdem nun die Vereinbarungen über die Betriebsvertretung im Baugewerbe für allgemeinverbindlich erklärt sind, darf das nicht so weiter gehen. Zum Glück gedachte Kollege Müller ehrend unseres Kampfers, Genossen August Bebel, dessen 85. Geburtstag mit unserer Tagung zusammenfiel. Die Kollegen forderte er auf, im kommenden Jahre stiftiger als Mitarbeiter für unser Bund tätig zu sein und zu beweisen, daß die Auer Bauarbeiter ebenso wie die Kollegen der Großstadt gewillt sind, Pionierarbeit für die Verbesserung der Lebenshaltung des gesamten Proletariats zu leisten. Die Geschäftsführung fand die Anerkennung der Versammlung. Der Massenbericht lag vorbereitet vor und wurde durch einige mündliche Erläuterungen ergänzt. Einnahme und Ausgabe der Lokalkasse hielten sich auch im letzten Quartal ungefähr die Waage. Der Lokalkassenbestand betrug zurzeit 752 A. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Beleglierten Entlastung erteilt. Der Gesamtstand wurde mit Ausnahme eines Restpostens, der sein Amt niederlegte, weil es auswärts wohnt, einstimmig wiedergewählt. Zur Bezirkskonferenz in Chemnitz wurden die Kollegen Weidlich, Weidauer und Müller delegiert. Die Leitung der Jugendabteilung soll der Jugendkollege Humann übernehmen. Der Bezirksreferat Kollege Schumann hielt dann noch einen beifällig aufgenommenen instruktiven Vortrag über die Sozialpolitik und die Werbarbeit für den Bund. Die lebhafteste Aussprache über diesen Vortrag hinterließ die einheitliche Auffassung, daß bei eifriger Hausgenossenschaft mit Hilfe eines Flugblattes, durch die Einführung der Erwerbslosenunterstützung und die günstigen Aufnahmebedingungen im März und April mancher Kollege gewonnen werden wird. Die Versammlung sprach sich noch für Abhaltung eines Lichtbildvortrages über Bauarbeiterlohn aus. Einen Antrag, an den Bundesvorstand eine Protestresolution zu senden, worin der „Grundstein“ als Wahlzeitung der SPD bezeichnet wurde, lehnte die Versammlung ab.

**Bohum.** Die Jahresgeneralversammlung der Baugewerkschaft tagte am 15. Februar. Der Geschäftsführer, Kollege Kallenbach, erläuterte den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, das er als ein ausgeprochenes Kampfsjahr bezeichnete. Zu den Kämpfen um die Aufrechterhaltung des Achtstundentages und die Erhöhung der Löhne kam die Sorge um den Arbeitslohn. Zu Beginn des Jahres 1924 waren durchschnittlich 67 % der Bauarbeiter arbeitslos, in Bohum waren es sogar 90 %. Es gab Zustände, in denen sämtliche Mitglieder der Organisation auf der Straße lagen und auf die Lärge Arbeitslosenunterstützung angewiesen waren. Erst im Mai zeigte sich eine allmähliche Besserung der Arbeitslage. Im Gebiet der Baugewerkschaft fehlen nicht weniger als 18.834 Wohnungen. Wohnungsluchende sind 20.831 gemeldet. Aus diesen Zahlen ergibt sich ohne weiteres die Notwendigkeit, neue Wohnungen zu bauen. Erforderliche Schritte von den Gemeindevorständen lassen jedoch erkennen, daß nur ein Teil der Gemeinden neue Bauausführungen plant, andere beweisen auf den Kapitalmangel. Der Stand der Organisation ist in Anbetracht der geringen Arbeitslosigkeit im Beruf befriedigend. Die ungenutzten Bauarbeiter haben ihre Organisationsrechte insoweit der langen Arbeitslosigkeit zum Teil verfallen lassen, wogegen die geleerten Bauarbeiter durchweg treu an der Organisation festhalten. Etwa zwei Drittel aller im Bezirk beschäftigten Bauarbeiter sind im Deutschen Bauergewerksbund organisiert. Wie der Berichtsführer besonders hervorhob, hat der Bund im Geschäftsjahre eine ungemein starke finanzielle und organisatorische Festigung erfahren. Die Bauarbeiter haben ihre alte Organisationskraft wieder erlangt; sämtliche anderen Berufs können sich hieran ein Vorbild nehmen. Er wünschte eine bessere Verständigung mit den Politikern, die sich ebenfalls im Baugewerksbund organisieren sollten. Zur besseren Ausbildung der Beleglinge sind besondere Beleglingsabende eingerichtet worden, in denen tüchtige Stellen dem jungen Nachwuchs in Handversterkungen Unterricht erteilt. Die Organisation legt Gewicht darauf, tüchtige Facharbeiter heranzuziehen. Die Lohnbewegungen brachten zunächst im Bohumer Bezirk eine Senkung des Stundenlohns von 62 auf 58 A. Die Ausperrung Ende des Sommer endete mit einer Lohnsenkung auf 76 A. Von einzelnen Spezialgruppen wurden ebenfalls Kämpfe mit Erfolg geführt. Der Achtstundentag wurde auf der ganzen Linie beauptet. Der letzte Schiedspruch steht für Maurer und Tischbauarbeiter eine weitere Lohnsenkung vor, die aber in Hinblick auf die Lebensmittelpreise unangünstig ist. Das Organisationsleben war sehr reg. 125 Mitgliederversammlungen wurden außer den sonstigen Zusammenkünften und Sitzungen der Spezialgruppen, der Baulegierten und des Vorstandes abgehalten. 8 Bezirksstellen und 10 Fachgruppen gehören der Baugewerkschaft an. Die Linien haben im Berichtsjahre zugenommen. Die Kollegen müssen selbst mehr auf die Einhaltung der Bauarbeiterrechtsbestimmungen achten. In Witten ist der Baukontrolleur abgebaut worden. Die Organisation fördert seine Wiedereingliederung mit allen Mitteln. In Bohum ist die Vereinfachung der Kontrollre durch die Wirtens der sozialdemokratischen Stadterordneten verhindert worden. Zur Herabminderung der Arbeitslosigkeit hat die Organisationsleitung seine Mähen gesucht. Immer wieder hat sie von der Gemeindevorwaltung die Inangriffnahme von Volkswirtschaften gefordert und in den meisten Fällen auch erreicht. Auf die Zahlung des Tariflohns wurde dabei besonders geachtet. In Bohum ist es jetzt gelungen, den Tariflohn bei Erdarbeiten der Stadt durchzusetzen. Die Stadt hat nämlich erkannt, daß sie dabei billiger wegkommt. In 45 Fällen mußte gegen Unternehmer Klage eingereicht werden, weil sie sich weigerten, den rechtmäßigen Lohn zu zahlen. Nebenbei sämtliche Klagen wurden gewonnen. Den Massenbericht erläuterte Kollege Dreese. Die Einnahme für die Lokalkasse betrug 38.368 A, die Einnahmen für die Lokalkasse 18.837 A. Der Bestand der Lokalkasse hat sich von 3000 auf 6261 A erhöht. An Streitunterstützung wurden 17.726 A gezahlt. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder, meist Hilfsarbeiter, betrug noch 329. 200 Kollegen konnten seit Dezember 1924 neu in Arbeit gebracht werden. Den Bericht folgte eine ergebnisreiche Aussprache, in der besonders die Frage der Affordarbeit und der Werksmauer besprochen wurde. Es kam eine allseitige Gegenseitigkeit gegen die Affordarbeit zum Ausdruck. Der alte Vorstand und die Geschäftsleitung wurden einstimmig wiedergewählt.

**Crefeld. (Jahresbericht.)** Am 26. Januar tagte unsere Jahresgeneralversammlung. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Baugewerkschaft im Jahre 1924 den schwersten Anfeindungen von allen Seiten widerstanden hat und im Wiederaufstieg begriffen ist. Die Erwerbslosigkeit war im ersten Quartal außerst stark, 95 % aller Kollegen waren bis Anfang Februar erwerbslos, ab dem 1. März besserte sich die Bauaktivität. Im Oktober waren am Jahreslohn noch 25 % erwerbslose Kollegen vorhanden. Es wurden im Berichtsjahr 280 Neubauten fertiggestellt, davon waren 185 Wohnhäuser mit insgesamt 680 Wohnungen. Durch Ums- und Aufbauten wurden 104 Wohnungen hergestellt. Die Wohnungsnot ist trotzdem größer als in den Vorjahren. Circa 6000 Wohnungsluchende sind vorhanden. In den Kreisen Kempen, Cleve, Geldern war die Bauaktivität im ganzen Jahre schlecht. Die Mitgliederzahl ging infolge der katastrophalen Verhältnisse von 2178 auf 1412 zurück. In den ländlichen Bezirksstellen verlor die Organisation 70 % aller Mitglieder. Der Mangel der Unternehmer auf die bisherigen tariflichen Ertragsgewinnen des Verbandes setzte bereits im ersten Quartal ein. Verlängerung der Arbeitszeit und Herunterdrückung der Löhne war das Bestreben der Unternehmer, besonders in den kleineren Bezirksstellen. Durch einen achtstündigen Streik gelang es uns, im Kreise Cleve-Geldern die Willkürmaßnahmen der Unternehmer abzuwehren. Auch die bezügliche Ausperrung vom 13. August bis 10. September vermochte nicht, unsere Kollegen zur verlängerten Arbeitszeit zu zwingen. Die bezüglichen Lohnverhandlungen brachten eine Erhöhung der Löhne für Maurer von 62 auf 80 A, für Hilfsarbeiter von 58 auf 68 A, für Tischbauarbeiter von 54 auf 61 A. Die Stundenlöhne für Statueten- und Fuhrer wurden durch dringliche Vereinbarung am 13. November einheitlich auf 95 A festgesetzt. Die Löhne und Affordträge für Ziegeleier wurden an den rheinisch-westfälischen Tarif mit Wirkung vom 1. Oktober an angeschlossen. Die Einnahme für die Bundeskasse betrug 12.656,76 A, die Einnahme für die Baugewerkschaft 12.626,11 A, die Ausgabe 10.727,95 A, am Jahreslohn

verblich ein Kassenbestand von 1528,20 M. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab dessen einstimmige Wiederwahl.

**Darmstadt.** Am 1. März tagte unsere Jahresgeneralversammlung. Strengste Sachlichkeit und ernsthafter Wille zur Mitarbeit gaben den Verhandlungen eine besonders erfreuliche Note. Die Berichte der Kollegen Leiter und Hebert brachten den Ernst der gegenwärtigen Lage im Baugewerbe zum Ausdruck. Im vorjährigen Jahr war die Bautätigkeit gering. Arbeitslose Facharbeiter und ungelernete Arbeiter waren während des ganzen Berichtsjahres vorhanden. Die Löhne, die zu Beginn des Jahres bis auf 88 % zu erhöhen vermocht. Dies ist aber noch lange nicht das, was unsere Kollegen nötig haben, um mit ihrer Familie menschenwürdig leben zu können. Die Lohn- und Tarifpolitik, in deren Mittelpunkt der Kampf um den Achtstundentag, ist die wichtigste Frage der Gegenwart. Sie wird auch noch für die spätere Zeit das stärkste Interesse unter den Mitgliedern auslösen. Die Bauunternehmerorganisationen wollten nicht nur den Achtstundentag, sondern gleichzeitig alle sozialen Forderungen der letzten Jahre beseitigen. Um dies durchzuführen, griffen sie am 8. April zur Ausperrung, die aber ihre Beendigung fand mit dem Erfolg: Beibehaltung der 48-Stunden-Woche und Erhöhung des Stundenlohnes um 10 %. Im Laufe des Jahres mußten noch zwei hark Kämpfe ausgetragen werden, um Lohnstrategien zu vermeiden. Diese Energie durchzuführen, sie endeten mit dem Sieg der Bauarbeiter. Auch für die Fachgruppe der Glaser konnten wir durch einen Keilstreik eine Erhöhung des Stundenlohnes durchsetzen, den Gehältern wurde zu dem Stundenlohn des Maurers ein Zuschlag von 5 % zugestimmt. Für die Sektion der Köpfer wurde ein Stundenlohn von 95 %, für die Pfisterer von 1 M. vereinbart. Die Statutur erhalten vom 6. November an 1,08 M., jetzt 1,15 M. Stundenlohn. Die Erledigung zahlreicher Differenzen bewies, daß nur eine gute Gewerkschaftsorganisation imstande ist, die Kollegen vor Nachteilen zu schützen. Die Mitgliederzahl, die insolge der Inflation und der großen Arbeitslosigkeit zu Anfang des Jahres zurückging, stieg bis zum Schlusse des Jahres wieder auf 2625. Wenn die Kollegen auf ihren Arbeitsplätzen sich etwas mehr um ihre Organisation kümmern und sich ihre Nebenlohn von allen Dingen genau ansehen, dann dürfte bald der alte Mitgliederstand wieder erreicht sein. Das liegt im Interesse eines jeden Kollegen, darum muß jeder mitarbeiten. Der Kassenbestand hat sich bis zum Schlusse des Jahres wieder auf 4544 M. erhöht. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Anträge, die hauptsächlich Bildungsfragen betrafen, fanden allgemeinen Beifall. Für die nächste Zeit sollen wieder Bildungs Kurse eingerichtet, voll allem soll etwas für die jungen Kollegen unternommen werden zur Heranbildung in der Organisationsarbeit. Ein Antrag über die Verlehrsfrage, vom Kollegen Gempel, Frankfurt, in einem Vortrag sachlich begründet, wurde dem Vorstand und Beirat zur weiteren Behandlung überwiesen. Die nächste Generalversammlung soll darüber endgültig entscheiden. Der Vorstand und der Beirat wurden mit Ausnahme des Obmannes der Hilfsarbeiter einstimmig wiedergewählt. Mit dem Hinweis, die Werbearbeit gut vorzubereiten und in der Aufklärungsarbeit nicht zu erlahmen, fand die von gutem Geiste getragene Generalversammlung ihr Ende.

**Dresden.** Am 25. Februar fand die Jahresgeneralversammlung der Baugewerkschaft statt. Kollege Barth wies im Geschäftsbericht darauf hin, daß die Gesundheit der Währung und des Wirtschaftslebens nicht gleichbedeutend gewesen sei mit einem auskömmlichen Lohn. Die Unternehmer hätten vielmehr gerade durch Lohnherabsetzungen und verlängerte Arbeitszeit Währung und Wirtschaft gesund machen und gesund erhalten wollen. In eiferredigen Arbeitskämpfen mußte deshalb erst der Achtstundentag gesichert und die Erhöhung der Löhne erkämpft werden. Trotz der geringen finanziellen Unterstützung, die den kämpfenden Kollegen zuteil werden konnte, sind diese Kämpfe zu einem guten Ende geführt worden. Der Achtstundentag wurde gehalten und die Stundenlöhne wurden, trotzdem die Unternehmer immer auf die noch niedrigeren Löhne anderer Industriearbeiter hinweisen konnten, von 57 % auf 85 % gebracht. Infolge der gestiegenen Lebenshaltungskosten stehen neue Lohnverhandlungen bevor. Die Unternehmer haben diese Verhandlungen mit allen möglichen Mitteln vorbereitet. So konnte festgesetzt werden, daß in den Zeitungen der Tagesblätter Bauarbeiter nach Sachjen gesucht werden. Die Zeit dürfte aber vorüber sein, wo sich spezialisierte Arbeiter zu Hausdienstleistungen in Deutschland gebrauchen lassen. Die Bautätigkeit war im Sommer 1924 ziemlich gut. Für das kommende Baujahr wird eine noch lebhaftere Bautätigkeit erwartet. Geheumt wird vielleicht aber in erster Linie die Wohnungsbautätigkeit durch die hohen Kapitalkosten. Die Mitgliederbewegung in unserer Baugewerkschaft zeigt wieder eine ansteigende Kurve. Im vierten Quartal hat der Mitgliederstand von 9675 auf 9780 zugenommen. Diese Zunahme kommt aus dem Ansturm im Kassenbericht, den Kollege Falz gab. Die Einnahmen und Ausgaben der Bundeskasse betragen 113.477 M. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 119.060,22 M. und eine Ausgabe von 79.670,12 M. Als Kassenbestand blieben danach 89.800,10 M. Am Jahreschlusse 1923 hatte die Lokalfasse mit einem Restbetrag von 210 M. und am Schlusse des ersten Quartals mit einem Restbetrag von 4986,07 M. abgeschlossen. Den Bericht folgte eine sachliche Ausprache. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Die Angelegenheit und der Gesamtvorstand wurden einstimmig wiedergewählt.

**Göppingen.** Am 15. Februar hielt unsere Baugewerkschaft ihr Jahresgeneralversammlung ab. Aus dem Bericht des Geschäftsführers, Kollegen Lehmann, ging hervor, daß die Bautätigkeit im ganzen Reichsgebiet nicht besonders günstig war. Im April waren noch nicht

alle Facharbeiter in Beschäftigung. Die Ofenseher hatten im Spätherbst und Herbst bis in den Winter hinein gute Arbeitsgelegenheit; dies können wir unsern neuen Bundeskollegen von Herzen; denn im Jahre 1923 hatten sie ganz besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Herbitkonjunktur wurde durch den achtstündigen Streik gänzlich beeinträchtigt. Im allgemeinen charakterisieren die Konjunktur am besten die Mitgliederbücher mit ihrem Markteinhalt. Man bekommt in diesem Jahre nicht viel Wücher mit über 30 Beitragsmarken in die Hand. Wenn auch nicht widersprochen werden soll, daß unsere Kollegen in vergangener Zeit zuweilen geneigt waren, den Kassierer um ein paar Marken zu pressen, so waren die Iradjaden der vielen fahrenden Marken doch der lauge Streik und das schlechte Baujahr. Im Herbst mußten wir noch einmal in den Schiedsgericht abkehren, während er für Königsberg angenommen wurde. Der Kampf setzte mit solcher Geschlossenheit ein, daß schon nach einer Woche seine günstige Wirkung zu verzeichnen war. Die österreichischen Brauer hatten unsern Kollegen nach den langen Kämpfen im Sommer nicht mehr soviel soviel Courage zugebracht. Leider wurde die Bildung eines dritten Kohlenbundes nicht zu vermeiden. Durch daran tragen die davon betroffensten Kollegen zum größten Teil selbst. Nur durch Entlohn und Erinnerung an die alte Solidarität, die sich in dem Ausbaur der Organisation auswirken muß, wird dieser Stein des Anstoßes wieder entfernt werden können. Der Mitgliederbestand ist etwa der Kohlenzeit, aber - wenn man sich so ausdrücken darf - glücklicher. Die Iradjaden des Mitgliederbücherganges sind zum größten Teil natürliche. Durch Herbitstellung größerer Wege und Bahnbauteilen sind etwa 350 Tiefbauarbeiter in andere Berufe gegangen. Alles, was als Bauarbeiter im Bereich der Baugewerkschaft in Frage kommt, ist bis zu 85 % organisiert. Trotzdem wird es bei den in Aussicht genommenen Tiefbauarbeiten noch recht viel Werbearbeit geben. Auch wird, falls uns nicht größere Kämpfe daran hindern, der Bildungsarbeit wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen. Dies ist eine ganz besonders dankbare Aufgabe hier im Osten. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 11.650,47 M. Bei einer Ausgabe von 6382,48 M. verbleibt ein Kassenbestand von 5267,99 M. Allerdings sind in diesem Kassenbestand 2000 M. enthalten, die die so oft vermehrte Bauhöhe aufgewertet hat. Es ist dies das einzige Vermögen, das wir aus der Inflationszeit gerettet haben. Für Streiks sind 15.000 M. ausgegeben worden. An die Bundeskasse wurden 4809 M. gesandt, dafür mußte die Bundeskasse 7800 M. Zuschlag leisten. Bei der Vorstandswahl konnte man der Geschäftsleitung das Vertrauen aussprechen, ihre Wiederwahl mit Einschluß eines Kollegen der Ortsgruppe der Köpfer geschah einstimmig.

**Schwetzingen.** Am 22. Februar hielt unsere Baugewerkschaft ihre diesjährige Jahresgeneralversammlung ab. Sie wurde eingeleitet durch die Revidenten der Arbeiterkammer mit dem einmütigen Willen „Empor zum Licht“. Nachdem die Versammlung noch die im Jahre 1924 verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Siben geehrt hatte, erstattete Kollege Müller den Geschäfts- und Kassenbericht. Im knappen Strichen zeichnete er zunächst die Lage zu Beginn des Jahres 1924. Die Organisation sei finanziell vollständig zusammengebrochen, das Beitragswesen zerrüttet, das Vermögen vollständig entwertet gewesen. Tarifvertrag und Lohnveränderungen waren nur noch bedeutungslos geblieben. Die Einschränkung des „Grundlohn“ und die Einstellung der Unterstützungsausgaben haben bei vielen Kollegen die Zerreißung des geistigen Bandes zwischen sich und der Organisation bedeutet. Die Selbstentwertung habe jegliche Werbearbeit unmöglich gemacht. Als dazu ungeheure Arbeitslosigkeit kam, hätten unverständliche Kollegen die Organisation, statt sie in der schwersten Krise zu führen und zu stärken, verlassen, die die Matten das untere Schiff. Die Bautätigkeit blieb bis in den Herbst hinein schlecht. Erst im September und Oktober wurde die Beschäftigungsmöglichkeit besser. Ingesamt wurden 481 Neubauten ausgeführt, davon waren 88 Wohnhäuser mit 107 Wohnungen. An Inn- und Ausbauten wurden 82 mit insgesamt 87 Wohnungen fertiggestellt. Die Zahl der Wohnungsuchenden hat sich gegen das Vorjahr noch vergrößert. Ende 1923 wurden 778, Ende 1924 aber 844 Wohnungsuchende gezählt. Lohnbewegungen wurden 8 mit Arbeitsstellen und 7 ohne Arbeitsstellen geführt. Der Lohn konnte dadurch von 44 % im Januar auf 69 % im Dezember gesteigert werden. Ausreichend ist dieser Lohn noch keineswegs. Zur Wiederhaltung der Löhne ist der Hessische Bezirksarbeiterverband in Genua als Konkurrenzgründung der Industrie gegen den „Mittelberuflichen“ ins Leben gerufen. Er hat seinen Zweck nicht ganz erreicht, daß er ihn in diesem Jahre noch weniger erreicht, dafür müssen unsere Kollegen sorgen. Der Kassenbericht schloß für die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe mit 12.819,55 M. ab, wovon 10.921,67 M. der Hauptkasse in bar zugeführt werden konnten. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 7628,51 M. und eine Ausgabe von 5048,04 M., so daß ein Kassenbestand von 2580,47 M. vorzutragen ist. Die Mitgliederzahl sank von 1190 auf 913, das bedeutet zwar einen Verlust von 277 Mitgliedern, trotzdem ist die Mitgliederzahl aber immer noch annähernd doppelt so hoch als bei Kriegsbeginn, wo wir 600 Mitglieder zählten, unter denen sich aber noch eine Reihe Papierkolonnen befanden. Im allgemeinen konnte der Aufbau unserer Organisation nach dem vollständigen finanziellen Zusammenbruch schnell wieder begonnen werden. Dem Bericht folgte eine ruhige und sachliche Ausprache ohne die radikalsten Forderungen, die wir noch von einigen Vertretern erleben mußten. Kollege Hüttmann als Vertreter des Bezirksverbandes hielt einen Vortrag über Lohnpolitik und nach den Worten und Vorschlägen Hüttmanns in allen Instanzen, an allen Baustellen und von allen Kollegen gebührend, dann werden wir auch die Schiedsgerichte aus dem Wege räumen, die uns heute noch auf allen Gebieten begeben.

**Guben.** (Jahresbericht.) Während des ganzen ersten Vierteljahres 1924 waren etwa 80 % der Mitglieder arbeitslos. Erst die letzten Tage im März brachten einige Hoffnung auf

bessere Zeiten. Die Unternehmer gestärkten jedoch diese Hoffnungen bald. Sie gedachten die Bauarbeiter mit Leichtigkeit unter ihr Joch zu bringen. Verlängerte Arbeitszeit, Herabsetzung der Löhne, Beschneidung der besten Organisations, das waren so die Pläne der Unternehmer. Die Gubener Unternehmer gehörten dabei zu den Oberbaurmachern. Sie trennten sich vom Brandenburger Provinzialarbeiterverband und gründeten einen Niederlausitzer Verband, mit dem Sitz in Guben. Aber die Herren Oberbaurmacher hatten sich gründlich verrechnet, wie es ihnen sehr oft passiert. Unsere Kollegen schlugen sich glänzend. Durch achtstündige Arbeitszeit wurden alle Pläne des Niederlausitzer Bundes abgewehrt. Wörtlich mußten die Unternehmer den Verlust des Schiedsgericht, um den es sich drehte, anerkennen. Und in Fürstberg a. d. O. wurde ein Streik mit vollem Erfolg beendet. In Sommerfeld-Gassen wurde eine Ausperrung auf unsere Gunsten beendet. In Grotzen a. d. O. waren die Unternehmer schlauer; sie spielten nicht mit, so daß dort den ganzen Sommer hindurch ohne Störung gearbeitet werden konnte. Die Werbearbeit und die Wiederbeschäftigung unserer Organisation wurde durch die geschiederten Praktiken der Unternehmer auf das Beste gefördert. Die Unternehmer schufen selbst die Einheit der Bauarbeiter, durch die sie dann selbst geschlagen wurden. Die Sozialistische Christenstadt i. Br. ist leider wieder eingeschlagen, ihre Ausfertigung wird hoffentlich nicht bis zum jüngsten Tage auf sich warten lassen, sondern recht bald vor sich gehen. Unsere Fachgruppe der Ofenseher, Ofenformer und deren Hilfsarbeiter, hat ein Jahr mit harter Arbeitslosigkeit hinter sich, trotzdem mußten die Ofenseher in Sommerfeld einen Streik führen, um ihre wirtschaftliche Lage einigermaßen aufzubessern. Die Arbeitsgelegenheit im Hochbau war in Guben, Grotzen und Fürstberg ziemlich gut, dagegen in Sommerfeld und Gassen sehr schlecht; sie besetzte sich in diesen beiden Orten erst im Herbst ein wenig. Die Tiefbauarbeiter haben der Organisation nach der Zustellung vielfach den Rücken gekehrt und haben bis heute noch nicht den Weg zu ihr zurückgefunden. Die Folgen davon haben sie bereits zu fühlen bekommen. Eine verlängerte Arbeitszeit ist ihnen aufgezungen worden und auch sonst Leistungen die Unternehmervertreter auf der Baustelle die Kasse. Wir hoffen aber, daß die Frühjahrskasse auch den Weg der Helfer wieder erlangen läßt; wir werden dabei behilflich sein und diesen Kollegen den Weg zur Organisation weisen. Für die Hauptkasse wurden 15.400,85 M. eingenommen. Die Einnahme der Lokalfasse betrug 2221,17 M., die Ausgabe 848,22 M. Der Kassenbestand am Jahreschlusse 792,95 M. Die Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Jahres 1057, am Jahreschlusse 810. Der Versammlungsbesuch läßt zu wünschen übrig; die Kollegen müssen sich merken, daß die Versammlungen der Org. ist, wo man Wünsche und Streitigkeiten aufbringen und regeln kann. Kollegen, die die Versammlungen schwächen, sonst aber schimpfen und murren, sollen von den übrigen Kollegen bestraft werden.

**Seibitz.** (Jahresbericht.) Die Hoffnungen auf gute Arbeitsgelegenheit im Hochbaugewerbe haben sich im Berichtsjahre leider nicht erfüllt. In Seibitz wurden durch einige wenigen Wohnungsbauteilen nur einige Neubauten erstellt. Besser war die Wohnbautätigkeit in Niedersachsen. Dort ist außerdem ein sehr moderner Schulneubau errichtet worden. Bessere Beschäftigungsmöglichkeit war auch im Tiefbaugewerbe infolge der Kanalarbeiterrumrarbeiten am Radar vorhanden. Dort haben viele Hochbauarbeiter Beschäftigung gefunden, die auf diese Weise vor langer Arbeitslosigkeit bewahrt blieben. Einige Straßenbauten wurden als Vorarbeiten ausgeführt. Ein Versuch, die hierbei beschäftigten Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen, ist leider gescheitert. Die Lohnbewegungen brachten in Seibitz und Niedersachsen eine Erhöhung der Maurerlöhne von 51,5 auf 80 % und eine Erhöhung der Hilfsarbeiterlöhne von 45 auf 62 %. In Weisigheim und Lauffen stiegen die Maurerlöhne von 48 auf 73 % und die Hilfsarbeiterlöhne von 43 auf 68 %. In Lechingen, Gall, Künzelsau und Wergentheim stiegen die Maurerlöhne von 47 auf 67 % und die Hilfsarbeiterlöhne von 42 auf 61 % gesteigert werden. Die Zahl der Mitglieder ist von 2694 auf 1229 gesunken, was zum Teil auf die Beendigung großer Bauarbeiten zurückzuführen ist. Die Kassenabrechnung weist eine Einnahme für die Hauptkasse von 34.001,27 M. aus, davon wurden 22.331,76 M. an die Hauptkasse gesandt und 1897,12 M. als Streifenunterstützung ausgegeben. Die Lokalfasse nahm 19.862,80 M. ein und gab 18.886,60 M. aus. 525,70 M. blieben als Kassenbestand.

**Wilmshausen.** Unsere Jahresgeneralversammlung tagte im Kolonnen. Im Geschäftsbericht gab der Vorsitzende Jäger einen interessanten Rückblick auf das abgelaufene Jahr, das im Zeichen der überhandnehmenden Inflation und deren schweren, wirtschaftlichen Nachwirkungen stand. Die wirtschaftliche Depression beeinflusste die Bautätigkeit so ungünstig, daß die Bauarbeiter unter nie gekannter Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Noch im Mai waren über 600 Bauarbeiter an den Köhler Arbeitsnachweisstellen gemeldet. Während im Vorjahre 1072 Bauten zur Ausführung kamen, wurden im Berichtsjahre nur 463 Bauarbeiten ausgeführt. Die Unternehmerverbände benutzten ihre dadurch gesteigerte Machtposition, um die Löhne auf einen solchen Tiefstand herabzubringen, daß dies für die Bauarbeiter geradezu unerträglich wurde. Damit hoffte man die Bauarbeiter für die Verlängerung der Arbeitszeit willfähriger zu machen. Dieser Angriff auf die Lebensrechte der Bauarbeiter wurde in einer Reihe von harten Kämpfen mit Erfolg abgewiesen. Die Ofenseher folgerten ihren Lohn im letzten Jahre auf 1,50 M. die Stunde. Die Regelung der Lehrlingslöhne und der Ferien wurde gleichfalls durchgeführt. Die Stiefelner brachten ihren Lohn auf 26 % über den jeweiligen Maurerlohn, sie erhöhten die Arbeitszeit um 6 % über die Höhe von 1914. Die Pfisterer konnten ihren Lohn steigern und einen Meidstanz erreichen. Die Fachgruppe der Statutur brachte ihren Lohn auf 20 % über den Maurerlohn. Die Glaser haben heute einen Stundenlohn von 1 M. Der Stundenlohn der Maurer war bei Beginn des Jahres auf 92 % heruntergebrückt, er beträgt vom 1. März 1925 auf







